

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES

Beschluss-Nr.: 211

Geschäft-Nr.:

Interpellation Matthias Borner, Fraktion SVP, betr. Rückzug Baugesuch Leberngasse - wie weiter? / Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 26. Juni 2025 wurde eine Interpellation von Matthias Borner, Fraktion SVP, und Mitunterzeichnenden, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Kurz nach den Wahlen informierte der Stadtrat darüber, dass das Beschäftigungsprogramm der Suchthilfe Ost bei der Oltner Musikschule entstehen soll. Dies, nachdem die Suchthilfe bestehende Räumlichkeiten verlassen muss. Das Baugesuch wurde jedoch nach achtzehn Einsprachen der Anwohnenden des Quartiers Schürmatt wieder zurückgezogen. Die fehlende Transparenz, die mangelnde Einbindung der Quartierbevölkerung sowie die ungenügende baurechtliche Grundlage des Projekts sind die Hauptgründe, weshalb sich so viele Einsprecherinnen und Einsprecher kritisch geäußert haben. Dieser Vorgang hat schon ein paar Fragen aufgeworfen, weshalb ich mir erlaube diese auch im Namen der Anwohnenden zu stellen:

1. Warum hat der Stadtrat das Gespräch mit den Anwohnern nicht vor Eingabe des Baugesuchs gesucht?
2. Wurde die Musikschule über das Bauprojekt «Suchthilfe Ost» informiert? Wenn ja, wie lautete die Stellungnahme der Musikschule?
3. Was sind nun die Pläne mit dieser Parzelle?
4. Warum muss die «Suchthilfe Ost» aus den bisherigen Liegenschaften raus? Gab es Probleme? Wurden diese behoben?
5. Im Umkreis von 100 Metern befinden sich eine Kinderkrippe, die städtische Musikschule sowie eine Gruppenkinderarztpraxis. Wie sehen die Überlegungen des Stadtrates aus, eine Institution mit Suchtproblematik in eine Umgebung mit vielen minderjährigen Kindern zu platzieren?
6. Das Projekt wurde von einer Lage mit viel Verkehr und hohen Lärmemissionen und wenig angrenzenden Wohnungen inmitten eines Quartiers versetzt. Wurde diese Änderung geprüft? Ist es ein Grundsatzentscheid, den man da getroffen hat?

7. Was sind die Pläne mit dem Gebäude der Musikschule? Ist geplant, dass die Suchthilfe Ost in die Musikschule einzieht?
8. Wird der Stadtrat bei der nächsten Evaluation diesen Prozess mit Einbindung der Betroffenen durchführen?
9. Der SRF Dok-Film «Crack in Olten» zeigte auf, dass in Liegenschaften der «Suchthilfe Ost» mutmasslich illegale Drogen gedealt werden. Dies könnte eine zusätzliche Problematik krimineller Aktivitäten nach sich ziehen wie: Beschaffungskriminalität, Revierkämpfe der Händler oder Streit zwischen Konsumenten und Händler. Hat der Stadtrat diesbezüglich eine Risikoanalyse vorgenommen? Könnten er diese mit uns teilen?
10. Gibt es bei den bisherigen Liegenschaften der Suchthilfe eine vermehrte Präsenz der Polizei und des Notrufs wie es uns berichtet wurde? Wie geht der Stadtrat damit um?

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet und Stadträtin Marion Rauber beantworten den Auftrag im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

1. *Warum hat der Stadtrat das Gespräch mit den Anwohnern nicht vor Eingabe des Baugesuchs gesucht?*

Im Zuge der öffentlichen Publikation des betreffenden Baugesuchs konnte sich die Nachbarschaft über das geplante Bauvorhaben informieren. Es wurde ihr damit auch die Möglichkeit gegeben, sich zu dem geplanten Bauvorhaben zu äussern oder rechtliche Schritte einzuleiten. Damit wurden die vorgeschriebenen formellen Schritte des Baurechts eingehalten.

Im Übrigen wurde die Bevölkerung im Rahmen einer Medienmitteilung in objektiver und ausgewogener Weise über den Sachverhalt bzw. die Absichten auf dem bezeichneten (Teil-) Areal der Musikschule (vor-) orientiert. So wurde u.a. öffentlich dargelegt, dass die Suchthilfe Ost (SHO) auf dem Areal unterhalb der Musikschule einen Gemüsegarten für das Beschäftigungsprogramm «Tagwerk» mit Werkstatt und Hof- bzw. Stadtladen im bestehenden Pavillon plane. Die SHO führe im Auftrag der Gemeinden das niederschwellige Beschäftigungsprogramm «Tagwerk» für Menschen mit Abhängigkeitsproblematiken durch. Das «Tagwerk» biete Tagesstruktur und sinnvolle Beschäftigung. Über regelmässige Kontakte mit konstanten Bezugspersonen werde Vertrauen und Beständigkeit hergestellt. Zentrale Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Teamfähigkeit würden geübt und gefestigt. Zwischen drei und 20 Klientinnen und Klienten wären dort – beaufsichtigt durch Fachpersonal – täglich zwischen 8 und 12 Uhr beschäftigt gewesen. Im Zentrum hätte dabei der Garten gestanden, in dem Gemüse, Salate, Kräuter und Blumen angebaut worden wäre. Der Pavillon hätte als «Gesicht» zur Stadt zudem einen Hof- bzw. Stadtladen beherbergt, wo frisches Gemüse hätte gekauft werden können.

Mit Blick auf die Natur des vorliegenden Vorhabens – welches im Kern der Sache die Etablierung eines (zonenkonformen) Gemüsegartens vorgesehen hätte – konnte vom Stadtrat kein besonderer Umstand erkannt werden, welcher darüber hinaus gehende Aktivitäten, bspw. ein vorgängiges «Mitwirkungsverfahren» mit der Anwohnerschaft, gerechtfertigt hätten.

2. *Wurde die Musikschule über das Bauprojekt «Suchthilfe Ost» informiert? Wenn ja, wie lautete die Stellungnahme der Musikschule?*

Der angedachte, befristete Miet-/Pachtvertrag mit der SHO hätte sich auf die «untere» Teilfläche des Aussenareals der Musikschule von rund 10 Aren sowie den darauf situierten Pavillon beschränkt. Aufgrund der natürlichen Terrassierung wurde und wird dieser Grundstücksteil nicht als Teil des (separat umzäunten) Musikschul-Aussenareals genutzt. Dieser Grundstücksteil ist ausserdem auch finanztechnisch separiert, indem er dem Finanzvermögen (und nicht dem Verwaltungsvermögen) zugewiesen ist.

Die Direktion Bildung und Sport, als verantwortliche Organisation für das gesamte schulische und schulergänzende Angebot der obligatorischen Volksschulstufe, war über das Konzept der SHO, diese Aussenfläche im Rahmen des Beschäftigungsprogramms für Menschen mit Abhängigkeitsproblematik als (Gemüse-) Garten nutzen zu wollen, informiert.

3. *Was sind nun die Pläne mit dieser Parzelle?*

Der Stadtrat vertritt die Auffassung, dass mit einer (Zwischen-) Nutzung des Areals auch ein gewisser Mehrwert für die allgemeine Bevölkerung generiert werde und / oder ein Mehrnutzen für die Funktionalität der Stadt einhergehen sollte. Daher vermochten die Nutzungsanfragen von privater Seite nicht vollends zu überzeugen.

Im Übrigen steht die Zukunft des (Gesamt-) Areals des heutigen Standorts der Musikschule an der Leberngasse auch im direkten Kontext mit der Frage, ob dereinst das frühere Kapuzinerkloster zur städtischen Musikschule umgenutzt werden kann. Hierzu laufen bekanntlich aktuell die entsprechenden Projektabklärungen.

4. *Warum muss die «Suchthilfe Ost» aus den bisherigen Liegenschaften raus? Gab es Probleme? Wurden diese behoben?*

Die SHO hatte bisher zwei unterschiedliche Vermieter. Einerseits den Hauptsitz mit Büros, Gassenküche sowie der Kontakt & Anlaufstelle (K&A) an der Aarburgerstrasse 63; dieses Mietverhältnis besteht seit Jahrzehnten und soll auch dort verbleiben. Andererseits mietete die SHO in unmittelbarer Nähe eine Wohnung mit Garten. Diese Liegenschaft wurde für das Beschäftigungsprogramm genutzt. Bei diesem Mietverhältnis kam es im vergangenen Jahr zu Unstimmigkeiten, da die Vermieter einen Umzug des K&A forderten. Aus Sicht der SHO ist die Lage der K&A jedoch ideal, da kaum Nachbarn vorhanden sind und die Lage gleichzeitig zentral und doch etwas abseits ist. Auf diese Art lässt sich der öffentliche Raum entlasten. Entsprechend ging die Suchthilfe nicht auf das Anliegen ein und infolgedessen wurde ihr die Wohnung mit Garten sowie sämtlichen Parkplätzen für die Mitarbeiter gekündigt. Diese Probleme sollten mit dem neuen Standort behoben werden.

5. *Im Umkreis von 100 Metern befinden sich eine Kinderkrippe, die städtische Musikschule sowie eine Gruppenkinderarztpraxis. Wie sehen die Überlegungen des Stadtrates aus, eine Institution mit Suchtproblematik in eine Umgebung mit vielen minderjährigen Kindern zu platzieren?*

Der Stadtrat versteht, dass die Frage, wie mit Drogen und Suchterkrankten umgegangen werden soll, je nach Blickwinkel, viel Brisanz bzw. unterschiedliche Auffassungen bieten kann. Wie unter der Antwort zur Frage 1 einlässlich dargelegt, wäre es auf dem besagten Areal allerdings «nur» um den – durch Fachpersonal bzw. konstante Bezugspersonen beaufsichtigten – Aufbau und Betrieb eines Gemüsegartens durch Suchtkranke, während jeweils vier Stunden vormittags, gegangen. Der Stadtrat sah im entsprechenden Beschäftigungsprogramm primär die Chance eines schadensmindernden Angebots und kein unangemessenes Gefährdungspotenzial für Kinder.

6. *Das Projekt wurde von einer Lage mit viel Verkehr und hohen Lärmemissionen und wenig angrenzenden Wohnungen inmitten eines Quartiers versetzt. Wurde diese Änderung geprüft? Ist es ein Grundsatzentscheid, den man da getroffen hat?*

Die Änderungen wurden auf Basis des von der SHO erarbeiteten ausführlichen Betriebskonzepts geprüft und es hat den Stadtrat überzeugt. Ein Grundsatzentscheid wurde jedoch nicht getroffen.

7. *Was sind die Pläne mit dem Gebäude der Musikschule? Ist geplant, dass die Suchthilfe Ost in die Musikschule einzieht?*

Am Standort Leberngasse wird aktuell und bis auf weiteres die städtische Musikschule betrieben. Was die weitere Zukunft der Liegenschaft betrifft, wird auf den zweiten Teil der Antwort zur Frage 3 verwiesen.

8. *Wird der Stadtrat bei der nächsten Evaluation diesen Prozess mit Einbindung der Betroffenen durchführen?*

Wie unter der Antwort zur Frage 1 dargelegt, werden baurechtliche vorgeschriebene Schritte wie das Einreichen eines Baugesuchs von der Stadt als Bauherrschaft selbstverständlich stets vorgenommen. Auch wird die Bevölkerung über Absichten und Sachverhalte mittels Veröffentlichung von Medienberichten orientiert. Andererseits erfordert – abhängig von der Tragweite eines Projekts – aber nicht jede beabsichtigte Entwicklung auf einem Grundstück im Besitze der Stadt vorab auch noch ein «Mitwirkungsverfahren».

9. *Der SRF Dok-Film «Crack in Olten» zeigte auf, dass in Liegenschaften der «Suchthilfe Ost» mutmasslich illegale Drogen gedealt werden. Dies könnte eine zusätzliche Problematik krimineller Aktivitäten nach sich ziehen wie: Beschaffungskriminalität, Revierkämpfe der Händler oder Streit zwischen Konsumenten und Händler. Hat der Stadtrat diesbezüglich eine Risikoanalyse vorgenommen? Könnten er diese mit uns teilen?*

Die Einschätzung bzw. Risikoanalyse des Stadtrates für den geplanten Gemüsegarten wurde in der Antwort zur Frage 5 dargelegt.

10. *Gibt es bei den bisherigen Liegenschaften der Suchthilfe eine vermehrte Präsenz der Polizei und des Notrufs wie es uns berichtet wurde? Wie geht der Stadtrat damit um?*

Die Polizeipräsenz hat sich nicht erhöht. Auch der Notruf musste selten und nicht häufiger als bis anhin aufgeboten werden.

Mitteilung an:

- Direktion Präsidium (2) / Ramon Christen, Kanzleiakten
- Direktion Bau (2) / Kurt Schneider, Markus Lack
- Stadtkanzlei, Parlamentsgeschäfte

Der Stadtschreiber

